

Stand: 02.05.2026 03:18:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/263

"Verkehrssicherheit beim Radfahren"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/263 vom 10.12.2013
2. Beschluss des Plenums 17/294 vom 11.12.2013
3. Plenarprotokoll Nr. 8 vom 11.12.2013



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Karl Freller, Erwin Huber, Dr. Florian Herrmann, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Klaus Holetschek, Sandro Kirchner, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Walter Nussel, Dr. Hans Reichhart, Eberhard Rotter, Ulrike Scharf, Dr. Harald Schwartz, Peter Tomaschko** und **Fraktion (CSU)**

Verkehrssicherheit beim Radfahren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen vorhandener Mittel weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Radfahrer in die Wege zu leiten.

Dazu gehören insbesondere

1. die Fortführung des Radwegebaus,
2. die Information der Kommunen über die Möglichkeiten der Radverkehrsführung und deren Planung, insbesondere auch zur Markierung von Schutzstreifen für den Radverkehr und von Radfahrstreifen,
3. die Optimierung der Wegweisung für den Radverkehr,
4. die Überwachung des Radverkehrs, insbesondere zur Einhaltung der Verkehrsvorschriften sowie
5. die Öffentlichkeitsarbeit zur Information möglichst vieler Menschen hinsichtlich der Chancen, aber auch Risiken bei der Fahrradbenutzung. Insbesondere soll über den Einsatz der Fahrradbeleuchtung, sichtbarer Bekleidung und der Wirkung von Schutzhelmen informiert werden.

Begründung:

Die Sicherheit im Straßenverkehr ist ein besonderes Anliegen von Landtag und Staatsregierung. Die Staatsregierung hat dazu beispielsweise das Bayerische Verkehrssicherheitsprogramm 2020 veröffentlicht. Ein Schwerpunkt ist die Verkehrssicherheit des Radverkehrs. Die Verkehrsunfälle mit Beteiligung von Radfahrern ist 2013 im Vergleich zu 2012 leicht rückläufig. Auch die Anzahl der verletzten und getöteten Radfahrer ist rückläufig. Gleichwohl sind die Radfahrer mangels „Knautschzone“ besonders gefährdet. Es ist zu begrüßen, dass Radfahren für die tägliche Mobilität aber auch für den Freizeitbereich ständig an Attraktivität gewinnt. Deshalb müssen Maßnahmen weitergeführt werden, um die Verkehrssicherheit des Radfahrens noch mehr zu verbessern. Die Behörden sind hier ebenso gefordert wie die Radfahrer selbst. Das Beachten der für alle geltenden Verkehrsregeln, das Einschalten der Fahrradbeleuchtung oder das Tragen einer sichtbaren Bekleidung und eines Schutzhelms stellen dabei relativ einfache, kostengünstige und wirksame Maßnahme dar. Dabei muss Vorrang haben, die Radfahrer zu Eigenverantwortung anzuhelfen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Karl Freller, Erwin Huber, Dr. Florian Herrmann, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Klaus Holetschek, Sandro Kirchner, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Walter Nussel, Dr. Hans Reichhart, Eberhard Rotter, Ulrike Scharf, Dr. Harald Schwartz, Peter Tomaschko** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/263

Verkehrssicherheit beim Radfahren

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen vorhandener Mittel weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Radfahrer in die Wege zu leiten.

Dazu gehören insbesondere

1. die Fortführung des Radwegebaus,
2. die Information der Kommunen über die Möglichkeiten der Radverkehrsführung und deren Planung, insbesondere auch zur Markierung von Schutzstreifen für den Radverkehr und von Radfahrstreifen,
3. die Optimierung der Wegweisung für den Radverkehr,
4. die Überwachung des Radverkehrs, insbesondere zur Einhaltung der Verkehrsvorschriften sowie
5. die Öffentlichkeitsarbeit zur Information möglichst vieler Menschen hinsichtlich der Chancen, aber auch Risiken bei der Fahrradbenutzung. Insbesondere soll über den Einsatz der Fahrradbeleuchtung, sichtbarer Bekleidung und der Wirkung von Schutzhelmen informiert werden.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Eberhard Rotter

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Bernhard Roos

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Markus Ganserer

Staatsminister Joachim Herrmann

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir kommen jetzt zu den nächsten Dringlichkeitsanträgen. Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU)

Verkehrssicherheit beim Radfahren (Drs. 17/263)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)

Optimierte und integrierte Radverkehrsförderung und Verkehrsplanung für mehr Verkehrssicherheit beim Radfahren in Bayern (Drs. 17/278)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Eberhard Rotter von der CSU. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Eberhard Rotter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CSU-Fraktion begrüßt es sehr, dass das Radfahren für die tägliche Mobilität, aber auch für den Freizeitbereich ständig an Attraktivität gewinnt. Ich erinnere daran, dass es immer mehr Mode wird, zur Arbeitsstelle per Fahrrad zu pendeln, sofern die Entfernung angemessen ist. Der Fahrradtourismus erlebt einen Riesenboom, und zwar über die traditionellen ebenen Strecken wie zum Beispiel rund um den Bodensee, den Donauradwanderweg oder durch das Fränkische Seenland hinaus. Dank E-Bikes findet der Fahrradtourismus auch Zulauf in hügeligem und gebirgigem Gelände, gerade bei Seniorinnen und Senioren.

Deshalb muss uns natürlich die Sicherheit im Straßenverkehr besonderes Anliegen sein. Das war sie uns bereits in der vergangenen Legislaturperiode. Als einer, der schon länger diesem Hohen Hause angehört, weiß ich, dass die Lobbyarbeit des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs in den Neunzigerjahren und zu Beginn des ersten Jahrzehnts dieses Jahrtausends nicht so ausgeprägt war wie in den vergangenen Jahren. Wir haben das gerne aufgenommen. Ich erinnere an die beiden Radtouren,

die dieser Verband bislang für Parlamentarier in München organisiert hat, um uns zu zeigen und erfahrbar zu machen, welche guten Lösungen es im innerstädtischen Verkehr für Radfahrer gibt, aber auch welche Probleme hier nach wie vor vorhanden sind.

Die Sicherheit im Straßenverkehr ist ganz eminent wichtig. Daher haben wir diesen Dringlichkeitsantrag zur Verkehrssicherheit beim Radfahren eingebracht. Wir wollen damit die Staatsregierung auffordern, im Rahmen vorhandener Mittel weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Radfahrer in die Wege zu leiten. Dazu gehört insbesondere die Fortführung des Radwegebaus. Hier ist in den vergangenen Jahren einiges geschehen. Es gab ein Bundesprogramm für Radwege entlang von Bundesstraßen. Wir haben für Radwege entlang von Staatsstraßen jeweils Mittel zur Verfügung gestellt. Da gibt es durchaus noch Luft nach oben.

Da die Mittel nicht ausreichen, haben wir die kommunale Sonderbaulast auch für den Radwegebau geöffnet. Ich bedanke mich insbesondere bei Georg Winter, der sich damals als Vorsitzender des Haushaltsausschusses sehr dafür eingesetzt hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gab eine Förderung von bis zu 80 %. Die Bürgermeister nahmen das gerne in Anspruch. Aber wir dürfen natürlich nicht allein auf diese kommunale Sonderbaulast verweisen, sondern müssen entsprechende Mittel für die Staatsstraßen zur Verfügung stellen.

Uns geht es darum, die Information der Kommunen über die Möglichkeiten der Radverkehrsführung und deren Planung, insbesondere auch zur Markierung von Schutzstreifen für den Radverkehr und von Radfahrstreifen, zu verbessern. Der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen, die sich unter der Schirmherrschaft unseres Innen- und Verkehrsministers Joachim Herrmann vor knapp zwei Jahren gegründet hat, gehören mittlerweile schon 34 Kommunen an. Es geht um die Optimierung der Wegweisung für den Fahrradverkehr. Auf manchen Strecken gibt es bereits über Gebühr Schilder. Eine gewisse Vereinheitlichung und vielleicht eine etwas deutlichere Lesbarkeit dieser Schilder wäre durchaus im Sinne der Radfahrerinnen und Radfahrer.

Wir müssen den Radverkehr überwachen, auch wenn wir selbstverständlich der Eigenverantwortung Vorrang geben; denn Unfälle geschehen auch dadurch, dass manche Radfahrer wenig Rücksicht auf Fußgänger nehmen, oder weil sie manchmal vergessen, dass sie im Vergleich zu Autos oder Lkws die deutlich schwächeren Verkehrsteilnehmer sind. Schließlich geht es uns darum, dass wir möglichst viele Menschen über die Chancen und Risiken der Fahrradbenutzung informieren. Die Öffentlichkeitsarbeit muss von der Fahrradbeleuchtung über die sichtbare Bekleidung bis hin zur Wirkung von Schutzhelmen reichen. Hier sind die Behörden genauso gefordert wie die Radfahrer selbst.

Die Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen hat sich vier Ziele gesetzt, denen ich mich für meine Fraktion in vollem Umfang anschließen kann. Hier geht es um mehr Infrastruktur: Den Radfahrern soll im öffentlichen Verkehrsraum der nötige Schutz eingeräumt werden. Dies gilt für Fahrbahnen, Radwege sowie Busse und Bahnen. Auch an Abstellflächen mangelt es. Wir wollen mehr Radkultur erleben. Das bedeutet, dass das Fahrrad ein positiver und gern gesehener Teil der Stadtkultur und des Verkehrs ist. Nicht nur die, die sich kein Auto leisten können, sollen Fahrrad fahren, sondern man soll das Fahrrad bewusst als eines der unterschiedlichen Verkehrsmittel, die uns zur Verfügung stehen, nutzen. Wir wollen nicht nur mehr Verkehrssicherheit - das habe ich bereits erwähnt -, sondern wir wollen auch mehr Umweltschutz. Daher ist es nur positiv, wenn der Anteil des Rad- und Fußverkehrs insgesamt am Modal Split erhöht wird. Ich füge ein fünftes Ziel hinzu: Wir wollen auch mehr Gesundheitsförderung durch Bewegung an der frischen Luft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weil das schon im Laufe der vergangenen Legislaturperiode fraktionsübergreifend erkannt worden ist, ist eine Anhörung zum Thema Radverkehr in Bayern beabsichtigt. Diese konnten wir gegen Ende der vergangenen Legislaturperiode nicht mehr durchführen, aber sie wird, wie damals zugesagt, im Laufe des Jahres 2014 stattfinden. Ich hoffe auf eine rege Beteiligung und darauf, dass die

unterschiedlichen Aspekte, die als positive Wirkung mehr Radverkehr in Bayern entfalten können, eingebracht werden. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Ich bitte Herrn Kollegen Bernhard Roos ans Rednerpult.

Eberhard Rotter (CSU): Ich möchte noch kurz etwas zum Antrag der SPD sagen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Sie waren aber schon fertig. Wollen Sie noch etwas hinzufügen?

Eberhard Rotter (CSU): Nur kurz; dann muss ich mich nicht noch einmal melden, Frau Präsidentin.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Das geht eigentlich nicht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Es geht in Ordnung, wenn Sie zur SPD sprechen wollen!)

- Genau, es geht in Ordnung, wenn Sie zum SPD-Antrag sprechen wollen. Wir wollen ja heute nicht streiten.

Eberhard Rotter (CSU): Ich bedanke mich für diese Großzügigkeit. Ich möchte zum Antrag der SPD nur bemerken, dass er inhaltlich im Wesentlichen in die gleiche Richtung geht. Dennoch müssen wir ihn ablehnen, weil Sie Vorfestlegungen für den nächsten Haushalt treffen. Sie wissen ja – dieses Thema gibt es immer wieder –, dass wir diese nicht treffen. Aus diesem Grunde werden wir den Antrag ablehnen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte, Herr Kollege Roos.

Bernhard Roos (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Werte, liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Immer wieder erlebt man Enttäuschungen, Herr Kollege Rotter. Denn unser Antrag beinhaltet zwar dasselbe wie der der

CSU, aber dennoch wird er abgelehnt. Ich schicke voraus, dass wir, die SPD-Fraktion, dem Antrag der CSU zustimmen. Wir sind nicht beleidigt und ziehen uns nicht ins Schneckenhaus zurück, sondern wir stimmen zu. Wir hoffen, dass ein gewisses Umdenken stattfindet, man die Qualität unseres Antrags erkennt, die zusätzlichen Aufforderungen und Appelle, die sich an die Bayerische Staatsregierung richten, als autonomes Parlament ernst nimmt und dass die Parlamentarier die Latte etwas höher legen, als dies in der Fraktion üblich ist. Herr Kollege Rotter, das wäre mir sehr wichtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenngleich sowohl das Wetter als auch und vor allem die Jahreszeit eher ans Skifahren denken lassen, sehe ich durchaus Anlass, über das Radfahren in der nächsten Saison zu reden und generell darüber, wie die Verkehrssicherheit erhöht werden kann. Man muss schließlich die Regelungen rechtzeitig vorbereiten.

Unser Zungenschlag ist etwas anders. Während die CSU immer "im Rahmen vorhandener Mittel" handeln will, wollen wir durchaus mehr tun und Radverkehrsförderung optimiert und integriert betreiben, und nicht nur in den Punkten, die Sie genannt haben.

Ich komme zur Intensivierung des Radwegebaus. Unser Staatsstraßenprogramm ist absolut unterfinanziert. Wir haben keinen eigenen Haushaltstitel für Radwege entlang von Staatsstraßen, obwohl alle Welt inklusive der Kommunalpolitiker vor Ort diesen fordern. Das schreit nach Änderung und Verbesserung. Vor allem muss der Lückenschluss zwischen einzelnen Radwegen optimiert werden, um ein Radwegesystem an Staatsstraßen zu schaffen. Im Bund gibt es Überlegungen, die auch im Koalitionsvertrag niedergeschrieben wurden, entlang der Bundeswasserstraßen ein Programm aufzulegen. Der Appell hierzu an den Freistaat lautet, dies deutlich zu begleiten.

Mit Blick auf die Kommunen haben Sie zwar auf die Förderquoten verwiesen. Planungen oder Beratungen für die Kommunen, mit einem integrierten Vorgehen dafür zu sorgen, dass ein optimaler Mix der einzelnen Verkehrsträger geschaffen wird – Sie

haben das "Modal Split" genannt –, sind durchaus noch ausbaufähig; gesundheitsfördernde, umweltfreundliche Nebenwirkungen inklusive. Als weitere Ziele nenne ich die Stichworte Schnittstellenoptimierung, zukunftsweisende Projekte, Schienenpersonennahverkehr, öffentlicher Personennahverkehr, Carsharing. Im Landtag haben wir schon öfter Anträge behandelt, die darauf zielten, die Mitnahme von Fahrrädern im Bahnverkehr zu optimieren.

Wichtig ist außerdem die Aufklärungsarbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dabei gibt es Gott sei Dank viele Akteure: Den Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club, die Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen in Bayern – diese haben Sie schon genannt –, den Verkehrsclub Deutschland, die Verkehrswacht, den ADAC, den Auto Club Europa und den BUND. Ich würde das Augenmerk darauf richten, dass die Ehrenamtlichkeit in diesen Verbänden durch den Freistaat belohnt wird. Die Mittel für Aufklärungskampagnen, die auf ein faires und soziales Miteinander von Fahrradfahrern und stärkeren Verkehrspartnern wie Lastkraftwagen und Bussen zielen, müssen deutlich erhöht werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich schließe mich der Ansicht an, dass die Radfahrer selbst in der Verantwortung stehen, sie sich dessen bewusst sein müssen, dass sie keine Knautschzone haben und demgemäß ihr Verhalten durchaus infrage stellen sollten. Als Fußgänger, der ich meistens bin, bin ich immer wieder völlig überrascht, mit welchem Tempo Fahrradfahrer unterwegs sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen muss man moderne Wege gehen und differenzierte Fahrspuren schaffen. Manche bewegen sich sehr schnell, sei es auf E-Bikes oder auf normalen Rädern. Sie können etwa 40 bis 50 Stundenkilometer schnell fahren. Für den Bau von Fahrradspuren für diese Fahrer gibt es kein Programm; dabei müssen die Kommunen unterstützt werden.

Sie haben gesagt, ein Restposten aus der letzten Legislaturperiode verbleibe. Mich freut, dass Sie ihn erwähnt haben, obwohl SPD, FREIE WÄHLER und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Durchführung einer Anhörung zu einer zeitgemäßen Radverkehrsführung im Straßenraum in Bayern beantragt haben. Sie haben von einer Anhörung im Laufe des Jahres 2014 gesprochen. Mein Wunsch, und zwar nicht nur mein Weihnachtswunsch, lautet hierzu, dass die Anhörung möglichst frühzeitig stattfindet.- Vor der Sommerpause eine Anhörung durchzuführen, klingt schon deutlich positiver. Vielleicht können Sie sich doch noch einen Stoß geben und unserem Antrag zustimmen. Im Sinne der Radfahrer, eines fairen Miteinanders im Straßenverkehr und im Sinne der generellen Erhöhung der Verkehrssicherheit fordere ich dazu auf. Sinn und Zweck unserer Bemühungen ist, dass es weniger Unfälle, vor allem weniger tödliche Verkehrsunfälle gibt.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bevor ich den nächsten Redner zum Rednerpult bitte, habe ich Folgendes mitzuteilen:

Zunächst ist in der derzeit laufenden Diskussion eine namentliche Abstimmung über den Antrag der SPD auf Drucksache 17/278 beantragt. Dafür wird jetzt eine Wartezeit von 15 Minuten eingeräumt.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Windenergie in Bayern ermöglichen – Regionale Planungsverbände unterstützen" – Drucksache 17/262 – bekannt: Mit Ja haben 76, mit Nein 82 Abgeordnete gestimmt. Es gab 1 Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Nun gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Scheuenstuhl, Kohlen und Fraktion (SPD) betreffend "Windkraft entfesseln" – Drucksache 17/276 – bekannt: Mit Ja haben 73, mit Nein 81 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt. Das Wort hat Kollege Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der CSU, begründet durch den Kollegen Rotter, zielt ein Stück weit auf den Antrag ab, den wir am 25. April dieses Jahres, also in der letzten Legislaturperiode, gestellt haben. Denn hier wird gesagt: Wir würden gern eine Anhörung im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss zum Radwegenetz, Radwegebau und Radfahren in Bayern – für das Radland Bayern – durchführen.

Der Ausschussvorsitzende, Kollege Huber, ist momentan nicht da. Aber ich sage jetzt, es wäre schön, wenn wir dieses schon ein Jahr alte Thema in einer Anhörung des Ausschusses vor der Sommerpause behandeln könnten. Ich glaube, auch Ihr Antrag geht in diese Richtung.

Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass Sie eine Fortführung des Radwegebbaus über das Programm zum nachträglichen Bau und Ausbau von Radwegen an Staatsstraßen wünschen. Mit diesem Programm entziehen wir uns als Freistaat natürlich ein Stück weit unserer Aufgabe. Für Radwege an Staatsstraßen sind originär wir als Freistaat zuständig. Über Ihr Programm, das Sie hier mit dem Ziel eines nachträglichen Baus und Ausbaus vortragen, wollen Sie natürlich die Kommunen in die Mitfinanzierung nehmen. Aber wie sieht es vor Ort aus? Der Innenminister lobt ja bei Radwegeeinweihungen immer wieder, wie kraftvoll wir mit dem Programm vorankommen. Leider ist aber in dem Topf noch sehr viel Geld übrig.

Wir haben das Problem, dass wir hier zwischen guten und schlechten, zwischen reichen und armen Kommunen zu unterscheiden haben. Ich meine damit den Unterschied zwischen finanziell gut gestellten und finanziell ärmeren Kommunen. Diese Diskrepanz wird noch dadurch verstärkt, dass die 25 bis 30 % Kofinanzierung von vielen Kommunen gar nicht leistbar sind. Wir würden auf diese Weise in Bayern ein Ungleichgewicht schaffen. Es handelt sich hier um eine Staatsaufgabe. Die Kollegen der SPD haben das in ihrem Antrag auch zu formulieren versucht. Dieser Aufgabe sollten wir uns nicht entziehen. Wir dürfen nicht ein Ungleichgewicht unter den Gemeinden

schaffen. In der Anhörung werden wir entsprechende Fragen stellen, und man wird auch passende Antworten finden.

Wir finden es bemerkenswert, Herr Kollege Rotter, dass Sie Ihren Innenminister und sein Ministerium aufgefordert haben, auf diesem Gebiet zu arbeiten. Es ist natürlich schön, wenn Sie sagen: Es muss kraftvoll gearbeitet werden. Wir unterstützen Sie da immer, wenn Sie Ihrem Minister sagen: Tun Sie etwas, damit im Radwegebau und im Radwegenetz etwas passiert. So etwas unterstützen wir also in jedem Fall.

Wir haben in unserem Antrag schon im April darauf hingewiesen, dass wir in der Anhörung gern die Verbände zu Wort kommen ließen; denn auf diesem Gebiet wird sehr viel ehrenamtliche Verbandsarbeit geleistet. Letztendlich stehen uns die Verbände beratend zur Seite, wenn wir das Radwegenetz und den Radwegebau voranbringen.

Der Innenminister hat vor der Landtagswahl in seinem Wahlkreis in Erlangen auf einem Wahlplakat gesagt, er wünsche eine schöne Sommerzeit. Darauf ist er mit einem Radhelm und einem Rad in der Hand abgebildet. Dass er uns allen eine gute Sommerzeit gewünscht hat, freut mich. Er wird uns als Radwegeminister auch im Ausschuss Rede und Antwort stehen, und zwar mit seinem Fahrradhelm und dem Rad unter dem Arm. Ich glaube, einem Innenminister steht es gut an, wenn er nicht nur zwei Dienstwagen mit Blaulicht, sondern vielleicht auch ein Dienstfahrrad mit Blaulicht benutzt. Das wäre doch ein PR-Gag für die neue Wahlperiode.

Wir werden natürlich beiden Anträgen zustimmen und freuen uns auf die Ausführungen des Ministers im Wirtschaftsausschuss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt bitte ich den Kollegen Ganserer ans Rednerpult.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie alle kennen die Situation: Weihnachten steht vor der Tür. Man sucht

händeringend nach einem passenden Weihnachtsgeschenk, nach einem, mit dem man gut ankommt und das der Beschenkte nicht schon hat. Ganz ähnlich verhält es sich mit dem hier vorliegenden Dringlichkeitsantrag der CSU. Sie fordern darin mehr Sicherheit im Radverkehr. Das ist ein Thema, mit dem Sie bei uns GRÜNEN eigentlich gut ankommen.

Aber machen wir doch einmal das Packerl auf und schauen uns den Inhalt genauer an. Sie fordern die Fortführung des Radwegebaus. Herr Kollege Rotter, Sie haben zwar gesagt, bei den Finanzmitteln gebe es noch deutlich mehr Luft, aber unser Antrag auf zusätzliche zwei Millionen Euro wurde von Ihnen fast auf den Tag genau vor einem Jahr abgelehnt.

Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur brauchen wir auch dringend mehr Abstellplätze. Hochwertige Fahrräder sind in der Regel auch sicherer, werden aber aufgrund des Mangels an sicheren Abstellplätzen meistens nicht genutzt. Daher brauchen wir die Wiederauflage des Schnittstellenprogramms, um die dringend notwendigen sicheren Abstellmöglichkeiten an Bahnhöfen zu schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Information von Kommunen ist natürlich wichtig. Die Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen führt dazu super Tagungen durch und leistet gute Arbeit. Da wären zusätzliche Finanzmittel gut angelegt. Aber dazu gibt es leider keine Aussage.

Die Markierung von Schutzstreifen und Radfahrstreifen wird leider von den Straßenverkehrsbehörden in der Praxis meist abgelehnt.

Zu den guten Radverkehrswegweisungen gehören natürlich gute Beschilderungen. Diese haben in Bayern leider keinen amtlichen Status. Wir halten den Status der Beschilderung nach der Straßenverkehrsordnung für dringend geboten, wie er in Nordrhein-Westfalen bereits praktiziert wird. Aber auch dazu gibt es keine Aussagen. Wenn Sie schon Überwachung fordern, erwähnen Sie doch bitte ebenfalls die Verkehrsteil-

nehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, die die meisten Unfälle durch überhöhte Geschwindigkeit und das Zuparken von Geh- und Radwegen verursachen.

Hinsichtlich des letzten Punktes, der Helmpflicht, verweise ich auf die Aussage von Herrn Staatsminister auf die Anfrage meines Kollegen Mütze. Ich zitiere aus der Antwort auf die Anfrage: Im Hinblick auf die befürchteten Nachteile für die Akzeptanz der Fahrradnutzung und die Grenzen bei der Durchsetzbarkeit eines entsprechenden Gebots wird aus bayerischer Sicht momentan eine Helmpflicht für nicht vertretbar gehalten. Vielmehr soll im Rahmen der präventiven Sicherheitsarbeit und durch verstärkte Aufklärung die freiwillige Bereitschaft zum Helmtragen gefördert werden. Das sehen wir auch so. Die Aussage ist jedoch bereits zwei Jahre alt. In Ihrem fünften Punkt bringen Sie inhaltlich nichts Neues.

Nach den Feiertagen gibt es bei uns in Nürnberg den "Markt der langen Gesichter". Dort kann man die unnützen, unbrauchbaren oder ungeliebten Weihnachtsgeschenke tauschen. Damit es bei den Radfahrerinnen und Radfahrern in Bayern keine langen Gesichter gibt, brauchen wir im neuen Jahr im Rahmen der anstehenden Haushaltsverhandlungen dringend mehr Mittel für die Förderung des Radverkehrs. Ich würde Ihren Antrag gerne eintauschen. Da Sie substantiell nichts Neues bringen, die Intention aber gut ist, werden wir uns bei Ihrem Antrag der Stimme enthalten. Zum Antrag der SPD, dem wir zustimmen werden, möchte ich zu bedenken geben, dass es uns nicht darum geht, ob die Anhörung im Februar oder im Mai stattfindet. Wichtig ist, dass diese Anhörung ernst genommen wird und die Empfehlungen der Expertinnen und Experten in die Entscheidungen im Hohen Hause einfließen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich darf Herrn Staatsminister Herrmann ans Rednerpult bitten.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde des Radverkehrs in Bayern! Die Förderung des Radverkehrs liegt mir und der gesamten Staatsregierung sehr am Herzen. Das ist von

einer Reihe von Kollegen bereits angesprochen worden. Das Fahrrad ist zweifellos ein Verkehrsmittel mit Zukunft. Das Fahrrad ermöglicht nahe Mobilität, die kostengünstig und gesund ist. Das Fahrrad entlastet die Straßen und die Umwelt. Das Fahrrad mindert den Parkdruck in den Innenstädten. Der Flächenbedarf für den Verkehr wird dadurch verringert. Deshalb ermuntern wir alle Bürgerinnen und Bürger, wo immer es geht, auf das Fahrrad umzusteigen.

Heute ist aufgegriffen worden, dass es wichtig ist, sich um die Sicherheit des Radverkehrs in unserem Lande zu kümmern. Wenn sich die Menschen für das Verkehrsmittel Fahrrad entscheiden, wollen wir nicht, dass einige – im wahrsten Sinne des Wortes – unter die Räder kommen. Ein Fahrrad verfügt, anders als ein Pkw oder Lkw, weder über eine Knautschzone noch über eine Blechkarosserie. Deshalb sind die Risiken für den Radfahrer im Verkehrstrubel deutlich größer.

Das von mir in diesem Jahr vorgestellte Bayerische Verkehrssicherheitsprogramm 2020 widmet der Sicherheit des Radverkehrs deshalb besondere Aufmerksamkeit. Etwa zwei Drittel aller Verkehrsunfälle mit Radfahrern ereignen sich an Knotenpunkten wie Kreuzungen. Radfahrer werden dort vielfach von den Autofahrern, die abbiegen wollen, übersehen. Zudem bedeuten Straßenquerungen immer ein erhöhtes Risiko. Dort, wo wir derartige Gefahrenpunkte für unsere Radfahrer erkennen, sind unsere Behörden gefordert – die Straßenverkehrsbehörden, die Straßenbaubehörden und die Polizei. Sie müssen gemeinsam und systematisch tätig werden.

Wenn man die Zahlen von Januar bis Oktober des letzten Jahres mit der Zwischenbilanz für das laufende Jahr 2013 vergleicht, sieht man, dass die Fahrradunfälle um 5,2 % abgenommen haben. Die Zahl der getöteten Radfahrer ist sogar um 17 % zurückgegangen. Trotzdem hat es in diesem Jahr wieder 56 getötete Radfahrer in Bayern gegeben. Das sind nach wie vor viel zu viele. Deshalb muss das Thema Sicherheit im Radverkehr weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung stehen.

Der Ausbau von eigenständigen Radwegen macht den Radverkehr attraktiver und sorgt für mehr Sicherheit. Der Ausbau eigenständiger Radwege sollte sowohl innerorts als auch außerorts erfolgen. Insbesondere außerorts, wo der motorisierte Verkehr mit höherer Geschwindigkeit von 80 km/h unterwegs ist, ist es wichtig, dass der Radfahrer seinen eigenen, sicheren Radweg nutzen kann.

Von den bayerischen Bundesstraßen mit einer Länge von 6.500 km sind 3.650 km mit Radwegen versehen worden. Neben den Staatsstraßen mit einer Länge von 14.000 km befinden sich auf 4.300 km Wege für Radverkehr. Das bedeutet, wir sind in den letzten Jahren schon deutlich vorangekommen. In den letzten fünf Jahren sind so viele neue Radwege wie nie zuvor gebaut worden. Das ist richtig und wichtig.

Wir sind noch lange nicht am Ziel angekommen. Zweifellos müssen wir in den nächsten Jahren noch mehr investieren. Ich sage klipp und klar: Ich werde mich darum bemühen, dass wir im nächsten Jahr einen noch höheren Teil der Straßenbaumittel für die Radwege verwenden. Sicherlich müssen wir schauen, wie die Möglichkeiten dafür im Nachtragshaushalt aussehen.

Neben dem Ausbau der Radwege entlang von Bundes- und Staatsstraßen muss gleichzeitig die Förderung des Radwegebaus der Kommunen intensiv fortgeführt werden. Bislang konnten alle Förderanträge der Kommunen bedient werden. Wir wollen jedoch noch mehr Kommunen ermuntern. Ich freue mich, dass inzwischen immer mehr Bürgermeister erkannt haben, dass das Thema nicht nur sachlich wichtig ist, sondern auch bei den Bürgern ankommt. Immer mehr Menschen interessieren sich für dieses Thema. Die Nachfrage ist gestiegen. In ganz Deutschland gibt es einen Boom in Sachen Radverkehr. Das gilt auch für das E-Bike und das Pedelec. Die Fahrradindustrie meldet einen erstaunlichen Umsatzwachstum. Die Nachfrage der Kunden ist da. Der Nachfrage müssen wir nun mit unseren Verkehrswegen gerecht werden.

Mein Ziel ist, die Mittel für den Radwegebau in den nächsten Jahren zu erhöhen. Dabei werden wir die Kommunen bestmöglich unterstützen. Liebe Kolleginnen und

Kollegen, meine letzte Bemerkung: Zu den Vorteilen der Zusammenfassung des gesamten Verkehrs in einem Ressort gehört, dass ich mich in den nächsten Jahren noch stärker um die Vernetzung des Radverkehrs beispielsweise mit dem ÖPNV kümmern kann. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Dabei geht es um die Abstellmöglichkeiten sowie die Mitnahme des Fahrrads in der S-Bahn und in den Nahverkehrszügen. Zusammen mit der Bahn müssen wir Fortschritte erzielen.

In den nächsten Jahren will ich einen bayerischen Radverkehrsplan erarbeiten. Das vom Landtag beschlossene Hearing für das nächste Jahr zum Thema Radverkehr ist dafür eine ganz wichtige Grundlage. Das unterstütze ich ausdrücklich. Seitens des Bayerischen Innen- und Verkehrsministeriums werden wir dieses Hearing bestmöglich begleiten und unterstützen. Wir wollen, dass daraus gute Impulse für die weitere Radverkehrspolitik in Bayern hervorgehen. Unser Ziel ist, dass Bayern auch künftig das Fahrradland Nummer 1 in Deutschland ist. Ich freue mich auf Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung in einfacher Form. Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/263 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wir treten nun in die namentliche Abstimmung ein. Abgestimmt wird über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/278. Ihnen stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 10.29 bis 10.34 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Stimmabgabe. Das Ergebnis wird außerhalb des Saales ermittelt.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe zunächst einmal das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Roos, Karl und Fraktion (SPD) betreffend optimierte und integrierte Radverkehrsförderung und Verkehrsplanung für mehr Verkehrssicherheit beim Radfahren in Bayern auf Drucksache 17/278 bekannt. Mit Ja haben 74 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 85. Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2013 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u. a. und Fraktion SPD; Optimierte und integrierte Radverkehrsförderung und Verkehrsplanung für mehr Verkehrssicherheit beim Radfahren in Bayern (Drucksache 17/278)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar				Hartmann Ludwig	X		
Biedefeld Susann				Heckner Ingrid		X	
Blume Markus				Heike Jürgen W.		X	
Bocklet Reinhold		X		Herold Hans		X	
Brannekämper Robert		X		Dr. Herrmann Florian			
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herrmann Joachim		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herz Leopold	X		
von Brunn Florian	X			Hiersemann Alexandra	X		
Brunner Helmut		X		Hintersberger Johannes			
				Hofmann Michael		X	
Celina Kerstin	X			Holetschek Klaus		X	
				Dr. Hopp Gerhard		X	
Dettenhöfer Petra		X		Huber Erwin		X	
Dorow Alex				Dr. Huber Marcel		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Martin		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Huber Thomas		X	
				Dr. Hünnerkopf Otto			
Eck Gerhard		X		Huml Melanie			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X					
Eisenreich Georg				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina				Kamm Christine	X		
Felbinger Günther	X			Kaniber Michaela		X	
Flierl Alexander		X		Karl Annette			
Dr. Förster Linus	X			Kirchner Sandro		X	
Freller Karl		X		Knoblauch Günther	X		
Füracker Albert		X		König Alexander		X	
				Kohnen Natascha	X		
Ganserer Markus	X			Kränzle Bernd		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Dr. Kränzlein Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Schweiger Tanja	X		
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	74	85	0